

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land

Amliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.



Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespaltene Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 254

Stolp, Freitag, den 29. Oktober 1926

50. Jahrgang

Weiteres Nachgeben Deutschlands.

Auf Befehl der Entente!

Ein „Kompromiß“ in der Entwaffnungsfrage.

Paris, 28. Oktober. Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“ meldet, in politischen Kreisen sei gestern das Gerücht im Umlauf gewesen, daß in der Entwaffnungsfrage zwischen der Botschafterkonferenz und der deutschen Regierung über die noch nicht geregelten Punkte eine Einigung erzielt worden sei. Ein „Kompromiß“ sei auf folgender Grundlage erzielt: 1. die deutsche Regierung wird in eindrucksvoller Form das Verbot der Einstellung von Zeitfreiwilligen in die Reichswehr erneuern, 2. das Gesetz betreffend die Freiwilligenverbände wird eine genauere und strengere Fassung erhalten, 3. die Frage der Regelung der Einfuhr und Ausfuhr von Kriegsmaterial wird der Entscheidung der Konferenz über die Abrüstung überlassen werden, 4. in der Frage der Befestigungswerke von Königsberg in Pr. wird man eine für Deutschland befriedigende Lösung suchen, 5. was die Befugnisse des Chefs der Reichswehr anbetrifft, werden neue Vorkehrungen getroffen werden, aus denen sich klar ergibt, daß die einzige verantwortliche Persönlichkeit auf alle Fälle der Minister ist.

Wie man die Dinge auch nennt — das „Kompromiß“ gleicht doch wiederum einem Entente-Diktat. Welche Demütigung liegt, ganz abgesehen von allem anderen darin, daß Deutschland abermals gesetzgeberische Maßnahmen auf Befehl von Paris vornehmen soll! Dabei wird — freilich nur von deutscher Seite! — behauptet, Deutschland sei gleichberechtigt. Und wenn auch diese „Restaufgaben“ gelöst würden, die Schmach der „Militärkontrolle“ soll trotzdem weiterbestehen!

Sehr verlausuliert meldet WTB. hierzu: „Die in Berlin verbreiteten und teilweise von der ausländischen Presse übernommenen Gerüchte über ein Kompromiß zwischen der Reichsregierung und der interalliierten Militärkontrollkommission sind, wie die Blätter erfahren, unzutreffend. Mehrere Punkte sind nach deutscher Auffassung längst erledigt. So die Frage des Oberbefehls und die Erweiterung der Gesetzgebung bezüglich der Verbände.“ Das sieht jedenfalls nach allem anderen eher als nach einem Dementi aus. Außerdem weiß man ja zur Genüge, wie viel, oder besser, wie wenig bei den maßgebenden Instanzen die „deutsche Auffassung“ wert ist.

Im Zeichen der „Annäherung.“

Ein neues Gegenstück zu dem Theaterzauber von Thoiry bildet eine Rede des Generals Rollet, der als Ehrengast an einer Veranstaltung des „englisch-französischen Freundschaftsklubs“ teilnahm. Der berühmte französische Militär führte aus:

„... Tatsächlich könne eine Nation nicht länger zur Impotenz verurteilt werden, wenn diese Nation beträchtliche industrielle Hilfsquellen besitze, die rasch die Herstellung von Munition ermöglichen, und wenn außerdem diese Nation sowohl quantitativ wie auch qualitativ genügend „Menschennmaterial“, wie man es in Deutschland nenne (!), zur Verfügung habe.“ Er fuhr fort: „Dies ist gerade der Fall in Deutschland. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages hatten zum Ziel, nicht die Bestrafung des Besiegten, sondern die Erhaltung von Sicherheiten für die Sieger für eine genügende Zeit, um die allgemeinen politischen Kräfte instandzusetzen, in Tätigkeit zu treten, um der Welt den Frieden zu sichern.“

Rollet beschuldigte dann unterzogen Deutschland, der Entwaffnung die größten Schwierigkeiten bereitet zu haben. Es sei notwendig, Berlin weiter im Auge zu behalten! Demgegenüber sei (natürlich!) Frankreich nur von der Sorge um den Frieden erfüllt. Der General brachte weiter zum Ausdruck, daß weiterhin der Rhein besetzt bleiben müsse. Die Ueberwachung der neutralen Zone sei dringend nötig. Man sieht, es ist stets die gleiche Melodie.

Dr. Jarres über Thoiry.

Strefemanns Pessimismus.

Minister a. D. Dr. Jarres äußerte sich in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Samburger Nachrichten“ über die schwebenden Fragen der inneren und äußeren Politik. Zur außenpolitischen Lage erklärte er:

Strefemann habe in eigenwilligem Gegensatz zu seiner sonst optimistischen Persönlichkeit jetzt allen Optimismus abgelegt; schon aus Genf sei er keineswegs mit einem Himmel voller Geigen nach Köln gekommen; vielmehr sei er sich der Schwierigkeiten volllauf bewußt gewesen.

Hemmnisse türnten sich der Politik von Thoiry gewiß entgegen, namentlich wenn Deutschland im Osten Zugeständnisse über die Abkommen von Locarno hinaus machen sollte. Aber die Rheinlande spürten schon eine Erleichterung, und zwar nicht nur das befreite, sondern auch das noch besetzte Gebiet. Wenn schon Franzosen von der Rückgabe des Saargebietes ohne Volksabstimmung sprächen und im Rheinland das Gefühl herrschte, daß die Besetzung nicht mehr 9 Jahre dauern werde, so sei das doch ein Fortschritt.

Die kommende Arbeitsgemeinschaft.

Dr. Jarres gab der Zubeisicht Ausdruck, daß die nationale Gemeinschaft der Rechtsparteien auf dem Marsche sei, weil sie kommen müsse. Auch wenn die Deutsche Volkspartei noch zögertere und in Preußen noch einmal den Versuch der Großen Koalition gemacht habe, so habe sie doch bei diesen Bestrebungen nicht nur eine „Dhrfeige“ geerntet, sondern würde auch bei Neuwahlen an der Mitverantwortung für die jetzige Politik in Preußen schwer zu tragen haben. Aber davon abgesehen, drohe die Bildung neuer Parteigruppen. Denn der Landbund verlange positive nationale Arbeit, und komme die Gemeinschaft nicht, so könne sich eine Bauernpartei selbständig machen.

Die Arbeitsgemeinschaft, keine Verschmelzung werde kommen, denn sie liehe nur in den Köpfen. Natürlich hänge viel vom Zentrum ab. Aber eine größere Gemeinschaft der Rechten übe eine magnetische Kraft aus, der sich auch das Zentrum nicht entziehen könne. Dr. Jarres erklärte, er sei nicht gegen die Sozialdemokratie und ihre Mitregierung; er arbeite in seiner Stadtverwaltung sehr gut mit den Sozialdemokraten zusammen. Aber man könne sich nicht den Schwierigkeiten verschließen, die der Sozialdemokratie in der Reichsregierung erwachsen würden.

Washington und Europa.

„Keine Verstimmung gegen Deutschland.“

New York, 28. Oktober. „Associated Press“ meldet aus Washington: In Regierungskreisen ist man überrascht über die im Auslande veröffentlichten Nachrichten, daß Amerika gegen Deutschland verstimmt sei wegen der geplanten Aufhebung von deutschen Eisenbahnbonds und der Bildung des Europäischen Stahltrustes. Das Staatsdepartement und Schakamt erklärten, daß die amerikanische Regierung über beide Vorschläge nicht befragt worden sei. Das Staatsdepartement erklärte ausdrücklich, daß es durch Pressenachrichten Kenntnis von dem Stahltrustplan erhalten habe. Das Schakamt äußerte, es sehe keinen Grund, warum es über den Trust-Plan hätte befragt werden sollen. In Regierungskreisen wird betont, daß die Londoner und Pariser Meldungen über amerikanische Verstimmungen keinerlei berechtigte Grundlagen haben. Es wird dagegen angedeutet, daß hier „einige Verstimmung“ bestand über das kürzliche Bestreben der britischen und französischen Presse, den Vereinigten Staaten die Verantwortung für ein mögliches Scheitern der Vereinbarungen zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und dem Reichskanzler zuzuschreiben.

Was wird in Sachsen?

Am Sonntag finden in Sachsen die Landtagswahlen statt, denen man über die Grenzen Sachsens hinaus mit großem Interesse entgegensteht. Während der Dauer des nun zu Grabe getragenen Landtags hat Sachsen eine recht seltsame politische Entwicklung gehabt. Die Zahl der Landtagsabgeordneten ist in Sachsen auf 96 festgesetzt. Bei der letzten Wahl am 5. November 1922 wurden gewählt: 19 Deutschnationale, 19 Anhänger der Deutschen Volkspartei, 8 Demokraten, 40 Sozialdemokraten und 10 Kommunisten. Es bildete sich nun zunächst eine rein sozialistische Regierung unter dem Vorsteh des gemäßigten Sozialisten Buck. Als Justizminister gehörte dem Kabinett Dr. Zeigner an, der im März 1923 Ministerpräsident wurde und nun einen scharfen Linkskurs verfolgte. Ein Kommunist wurde Finanzminister, ein anderer Wirtschaftsminister.

Das Kabinett Zeigner betrieb systematisch die Bolschewisierung Sachsens, sodas schließlich, Ende Oktober 1923, das Reich eingriff und Sachsen militärisch besetzte, um weiteres Unheil zu verhüten. Im Januar 1924 bildete sich dann unter dem Sozialisten Helbig ein neues Kabinett, das noch heute besteht und dem außer vier Sozialdemokraten zwei Volksparteiler und ein Demokrat angehören. Diese Regierungsbildung war aber erst möglich nach einer Spaltung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. 23 Sozialdemokraten traten für die neue Koalition ein, während 17 sie bekämpften. Die Partei blieb zwar zunächst noch zusammen, schließlich erfolgte aber auch die formelle Trennung, und in dem jetzt zu Ende gehenden Wahlkampf haben sich die beiden Gruppen scharf bekämpft.

Die Aussichten der Wahl sind unter diesen Umständen ganz besonders unklar, um so ungewisser, als sich bei dieser Wahl wieder eine große Zahl von Sonderlisten gezeigt hat; sind doch insgesamt 12 Listen aufgestellt.

Der Wahlkampf ist von allen Parteien mit Aufbietung aller Kräfte geführt worden, da man sich darüber klar ist, daß der Ausfall dieser Wahl symptomatische Bedeutung für das ganze Reich hat.

Eine Botschaft Mussolinis.

Rom, 28. Oktober. Bei den Feiern, die in ganz Italien aus Anlaß des Jahrestages der fascistischen Revolution stattfanden, verlasen Mitglieder der Regierung und der Behörden eine Botschaft Mussolinis, in der es heißt: Das Regime steht fest. Dagegen vermögen weder der Groll der Enteiquiren noch die Anschläge der Verbrecher oder die Verleumdungen der Ohnmächtigen etwas. Das Regime entfalte auf allen Gebieten eine belebende Tätigkeit. Die Gesamtheit der Wehrmacht der Nation ist vollkommen bereit und allen Eventualitäten gewachsen. Die Vira wird weiter verteidigt werden. Durch das Gesetz über die Gesamtarbeitsverträge wurde der demagogisch-liberale Zustand der gewerkschaftlichen Erscheinungen endgültig begraben. Auch auf kolonialem Gebiet hat das Regime Großartiges geleistet, ebenso auf dem Gebiet der auswärtigen Beziehung, wie die Schuldenregelung mit den Vereinigten Staaten und England. Unsere Gegner versuchen vergebens, die Bedeutung dieser Taten herabzusetzen. Wir sind kaum über den Anfang hinaus und müssen noch große Opfer bringen. Nach der Reform unserer Gesetzgebung muß die Reform unserer Sitten kommen. Die fascistische Revolution wird Italien groß machen.

Die Erwerbslosenfrage.

Berlin, 28. Oktober. In der Reichskanzlei haben heute Besprechungen zwischen Führern der Regierungsparteien und dem Reichskanzler stattgefunden über die Frage einer Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze. Während offiziell über das Ergebnis der Besprechungen nur mitgeteilt wird, daß die Reichsregierung „auf Grund der dem sozialpolitischen Ausschuss vorliegenden Anträge der Regierungsparteien sofort eine Vorlage ausarbeiten würde“, verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß es zwischen Regierung und Regierungsparteien heute zu einem Kompromiß auf folgender Basis gekommen sei:

Der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Schaffung eines Lohnklassensystems für die Erwerbslosenfürsorge (für den auch die Deutschnationale Volkspartei eingetreten war) wird zurückgestellt, da seiner Ausführung technische Schwierigkeiten entgegenstehen. Auch der Antrag des Zentrums, der unter anderem eine 10prozentige Erhöhung der Unterstützungssätze für Ledige verlangt, sowie ein demokratischer Antrag werden vorläufig zurückgestellt. Dafür werden die Regierungsparteien im sozialpolitischen Ausschuss einen gemeinsamen Antrag einbringen, wonach die gesamten Sätze der Erwerbslosenfürsorge, ohne einen Unterschied zwischen den einzelnen Sätzen zu machen, um wenige Prozent erhöht werden sollen.

Bekanntlich hatte das Kabinett seinerzeit den Beschluß gefaßt, grundsätzlich keine Erhöhung der Sätze der Erwerbslosenunterstützung vorzunehmen, sondern lediglich die Sätze für die produktive Erwerbslosenfürsorge zu erhöhen. Diesen Standpunkt der Regierung teilt auch die Deutsche Volkspartei. In den heutigen Besprechungen beim Reichskanzler sollen die Gegenstände ziemlich scharf aufeinander geprallt sein.

Mehreinnahmen aus den Realsteuern.

Berlin, 28. Oktober. Der „Amliche Preussische Presse-dienst“ teilt die folgende gemeinsame Verfügung des Ministers des Innern, des Finanzministers und des Ministers für Handel und Gewerbe mit:

Die Veranlagung der Realsteuer, insbesondere der Gewerbesteuer vom Ertrage, hat für zahlreiche Gemeinden erhebliche, über das Etatslohn hinausgehende Mehreinnahmen ergeben. Die Notwendigkeit der Schonung der Wirtschaft gegen jede vermeidbare steuerliche Belastung erfordert es, daß das unerwartete Mehraufkommen, soweit irgend möglich, zu einer Entlastung der Steuerpflichtigen verwendet wird. Dies gilt in erster Linie für die Fälle, in denen das Mehraufkommen nicht oder nicht in voller Höhe zur Deckung bereits im Haushaltsplan ungedeckt gebliebener oder im Laufe des Rechnungsjahres neuerstandener Fehlbeträge gebraucht wird. Aber auch soweit solche Fehlbeträge noch zu decken sind, werden die Gemeinden zu prüfen haben, ob das den Anschlag übersteigende Aufkommen aus der Grundvermögens- oder Gewerbesteuer eine andere Verteilung in der Beanspruchung der Einnahmequellen notwendig macht. Bei dieser Prüfung werden mit Rücksicht auf die große wirtschaftliche Bedeutung der Angele-

